

Alajos Degré

(Zalaegerszeg)

**ELEMENTE DES RÖMISCHEN RECHTES
IM VERMÖGENSRECHT DER UNGARISCHEN LEIBEIGENEN**

ELEMENTE DES RÖMISCHEN RECHTES IM VERMÖGENSRECHT DER UNGARISCHEN LEIBEIGENEN

Schon unsere bürgerliche Rechtsgeschichtswissenschaft hat erkannt, dass in dem Zeitalter des Feudalismus jeder Stand ein anderes Privatrecht hatte. Aber von diesen ist nur die geschichtliche Entwicklung des Privatrechtes der Adeligen mit approximativer Genauigkeit bearbeitet.

Der Clerus gebrauchte im allgemeinen das Privatrecht der Adeligen, ausgenommen die Regelung der Vererbung, im XVIII. Jahrhundert. Das machten aber unsere Rechtsgelehrten des Feudalismus (Huszty, Kelemen, Frank) tadellos bekannt.

Die Bürgerschaft benützte in mehreren Hinsichten andere vermögensrechtliche Regeln, die ursprünglich in jeder Stadt oder Städtenfamilie verschieden waren, und die langsam durch die sogenannten *Articuli Juris Tavernicalis*, und die spätere Praxis der *sedes tavernicalis* gleichgeschaltet wurden. Dieser Vorgang war auch bis 1848 nicht vollständig beendet. Einige grundlegende Regeln des bürgerlichen Privatrechtes, so wie das „*coacquisitum*“, die Freiheit des Testamentes, sind allgemein bekannt. Vor anderthalb Jahrzehnten bewies ich auch die vollkommen abweichende Tendenz des bürgerlichen Vormundschaftsrechtes.

Über diese Themen erschienen ausgezeichnete Partearbeiten von Király, Iványi, Kérészy, Csizmadia etc. Auch viele Quellenpublikationen wurden veröffentlicht. Ich erwähne nur eine der letzten, das Ofner Stadtrecht von Karl Mollay (Bp. 1959). Wir wissen auch, dass das Vermögensrecht des Bürgertums im Ganzen und Grossen das deutsche Stadtrecht befolgte. Die Zusammenfassung der geschichtlichen Entwicklung des bürgerlichen Vermögensrechtes wurde trotzdem noch nicht versucht.

Wir sind aber ganz im Unklaren in der Hinsicht des Vermögensrechtes der Leibeigenen. Ich meine das nicht über die *urbarialrechtlichen* Verhältnissen, deren wesentlicher Teil auch einen vermögensrechtlichen Charakter hatte, — wie das Recht des Leibeigenen zu seiner *Sessio urbarialis*, die wirklichen oder gemeinten Rechte des Grundherren zur *Sessio*, und ihre Beschränkungen. In den letzten Jahrzehnten des Feudalismus schrieben die praktischen Juristen darüber grosse Werke.¹ Auch nach dem zweiten Weltkrieg erschienen viele Teilstudien darüber, von Rechtshistorikern, aber auch von Gelehrten der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte.² Auch bei der jetzigen Sitzung halt Márton Sarlós einen Vortrag darüber, und nicht den ersten.

¹ Pauly Carolus: *Constitutio rei urbarialis*. Viennae 1817, Pfahler Carolus: *Jus georgicum regni Hungariae*. Keszthely 1817.

² Szabó István: *A jobbágy birtoklása az örökös jobbágyság korában*. Budapest 1947 (István Szabó: *Der Besitz der Leibeigenen in der Zeit der Leibeigenensystem*), und zahlreiche andere Werke des Verfassers, — *Tanulmányok a parasztság történe-*

Wir wissen aber sehr wenig von der Regelung des Vermögensrechtes der Leibeigenen. Es gibt darüber keine Publikation ausser einigen schönen Werken von Tárkány—Szűts Ernő.³ Sogar die grossen Rechtswissenschaftler des Feudalismus, Kelemen und Frank erledigen die Regeln des Vermögensrechtes der Leibeigenen in einigen Nehensätzen.

Obwohl auch Werbőczy hat das besondere Vermögensrecht der Leibeigenen anerkannt, und wenigstens die Hauptzüge des Erbrechtes zusammengefasst. Interessanterweise sprach die am Anfang des XVIII. Jahrhunderts wirkende Reichstagskommission, die sogenannte Systematica Commissio in diesen Fragen kaum mehr als das Tripartitum. Sie beschränkt aber in einigen Einzelheiten die von Werbőczy anerkannten Rechte der Leibeigenen.⁴ In anderen Fragen versah die selbe Kommission Werbőczy's Thesen mit reichem Kommentar.

Der berühmte konservative Politiker Aurel Dessewffy behauptete in 1841, dass „die Privatrechte der Leibeigenen denen der Adeligen ähnlich sind“.⁵ Es ist nicht wahrscheinlich, dass er diesen Satz aus Unverstand oder aus irreführender Absicht sagte. Ich nehme an, dass er die Rechtsfähigkeit darunter verstand, deren Beschränkungen um diese Zeit schon im grossen Teil abgerissen waren.

Wir müssen anerkennen, dass die feudalen Rechtsgelehrten sich nicht mit den Privatrechten der Leibeigenen befassten, weil sie diese Rechte leugneten, sondern weil sie nicht einheitlich und schwer erkennbar waren. Zur Kenntniss des Stadtrechtes müssen wir nämlich die juristische Praxis all der 40 freien königlichen Städte (*liberae regiae civitates*) nicht studieren. Die Hauptlinien des einheitlichen Stadtrechtes wurden nämlich durch die gemeinen Obergerichtshöfe der *Sedes Tavernicalis*, und *Sedes Personalis* gefasst, und wurde ein Teil in den sogenannten *articuli juris tavernicalis* veröffentlicht. Die Leibeigenen aber, deshalb dass sie nie zu einem Stand organisiert wurden, hatten keinen gemeinen Obergerichtshof. Ihr Gericht von erster Instanz war der *sedes dominialis*. Von dieser Instanz wurde im XVI. und XVII. Jahrhundert keine Apellation erstattet, wie das Eckhart, und E. Varga bewiesen.⁶ Der Gesetzarti-

téhez Magyarországon 1711—1790. szerk. Spira György. Budapest 1953 (Studien zur Geschichte der Bauernschaft in Ungarn 1711—1790. Redigiert von György Spira), — Sági Vilmos: A mezőgazdasági bér munkásság Magyarországon a feudalizmus korában Budapest 1967 (Vilmos Sági: Die landwirtschaftliche Lohnarbeiterschaft in der Zeit des Feudalismus in Ungarn), — Karol Rebro: Urbarsk regulacia Marie Terezie a poddanska uprava Jozefa II. Bratislava 1959. (Die Urbarregulation von Maria Theresia, und die Untertanenreformen von Joseph II. in der Slowakei).

³ Tárkány—Szűts Ernő: Vásárhelyi testamentumok. Budapest 1961 (Ernő Tárkány—Szűts: Testamente von Vásárhely), A deficiens jobbágy végrendelkezési joga a XVIII—XIX. században (Das testamentarische Recht des defizienten Leibeigenen in den XVIII—XIX. Jahrhunderten) Agrártörténeti Szemle (Historia Rerum Rusticarum) Jahrg. 1967, p. 401—431.

⁴ Szegedi Johannes: Tripartitum juris Hungarici Tyrocinium. Zagreb 1736. P. III. T. 30—31.

⁵ Világ (Die Welt. Tagblatt) Jahrgang 1841. 16. Okt. Zitiert von Erzsébet Andics: Kossuth a megalkuvók ellen a reformkorban és a forradalom idején (Kossuth gegen die Opportunisten in der Reformzeit und zur Zeit der Revolution) Budapest 1955. p. 26.

⁶ Eckhart Ferenc: Földesúri büntetőbíráskodás Magyarországon a XVI—XVII. században (Gutsherrliche Straßgerichtbarkeit in Ungarn in XVI—XVII. Jahrhunderten). Budapest 1954, — Varga Endre: Úriszék XVI—XVII. századi perszövegek (Sedes Dominialis. Prozesstexte aus den XVI—XVII. Jahrhunderten) Budapest 1958. p. 13—14.

kel 41. von Jahre 1729 gab der Apellation in den von sedes dominalis verhandelten Prozessen statt, zu dem Comitatsgerichtshof (sedes judiciaria comitatus), aber nur nach vollstreckung des Urteiles (extra possessionem). Aber das wurde nur langsam verwirklicht. Weitere Apellationen gegen den Urteil des Comitatsgerichtes waren bis zum Ende des XVIII. Jahrhunderts nicht möglich. Die berühmte Dezisionssammlung der königlichen Curia, die sogenannte Plenum Tabulare aus 1769 beschäftigte sich mit den Prozessen vor dem sedes dominalis überhaupt nicht. Im XIX. Jahrhundert kamen Apellationen zur königlichen Tafel vor,⁷ aber so selten, dass die Urteile der königlichen Tafel einen bedeutenden Einfluss auf das Vermögensrecht der Leibeigenen kaum ausübten. Wir können dieses Vermögensrecht daraus auch nicht erkennen. Weil es kein gemeinsames Obergericht gab, übten die Comitatsgerichtshöfe kaum einheitliche Praxis aus. Die Fürerklasse von feudalen Ungarn fand es scheinbar nicht notwendig, dass eine landesübliche Sitte sich in den Vermögensproblemen zwischen den Leibeigenen entwickeln soll. Sie waren zufrieden mit den Werböcyszischen Thesen, dass die lokalen Sitten gebraucht werden sollen.⁸ Ich habe noch keine generale Übersicht, kenne aber gut die Praxis der Herrschaftsstühle, der gewesenen Abtei von Pécsvárad, die später Stiftsgut wurde, und des Herrschaftsgutes der Esterházys in Kismarton, und gewann den Eindruck, dass die Domaine ein gewisses Gewohnheitsrecht ausübten, welches aber in jedem Herrschaftsgut verschieden sein konnte.

Aber auch die Leibeigenen und die Rechtsprecher fanden das Recht der Leibeigenen nicht einheitlich. Im XVIII. Jahrhundert sassen in den Herrschaftsgerichtshöfen beinahe nur adelige Richter und Schöffe. Sie übten eine von der Gewohnheit der Leibeigenen und manchmal auch von Werböcysz Thesen abweichende Praxis, in den Fällen aus, wenn eminente Interessen des Gutsherren vom Urteil abhingen. So war es in der Frage der Gültigkeit des Testamentes der ohne hinterbliebene Kinder verstorbenen Leibeigenen, der sogenannten Deficienten (*rusticus nullum haeredem et successorem reliquens*).⁹ Die Richter waren geneigt die Regeln des adeligen Privatrechtes, nach dem sie selber lebten, und die sie kannten, aber nicht die Gewohnheit der Leibeigenen zu verwenden. Es kam auch vor, dass sie ausdrücklich den Standpunkt einnahmen, dass wenn eine Regel im Privatrecht der Leibeigenen fehlt, die Lücke mit dem adeligen Privatrecht ergänzt werde.¹⁰ Dieses zeigt sich besonders auffallend bei den Städten, die unter herrschaftlicher Jurisdiction standen (*mezőváros* = *oppidum*). Ein bedeutender Teil dieser übte eine Rechtsprechung aus in Vermögensprozessen seiner Bürger, die im leibeigenem Status lebten. In diesen Prozessen verwendeten sie natürlich ihr eigenes Gewohnheitsrecht, aber gegen ihr Urteil konnte eine Apellation zum Herrschaftlichen Stuhl verwendet werden. Zum Beispiel wirkte die Stadt Kanizsa als

⁷ Degré Alajos: *Ürészéki peres eljárás a Déldunántúlon a XVIII—XIX. században.* (Prozessverfahren der Herrenstühle in Transdanubischen Gebiet in den XVIII—XIX. Jahrhunderten). *Levéltári Közlemények* (Archivmitteilungen) 1961. p. 123., — Frank Ignác: *Közigazság törvénye Magyarhonban* (Principia juris civilis Hungariae) Buda 1846. Bd. II/1. § 249, p. 258.

⁸ Werböczy: *Tripartitum* P. III. tit. 25. § 4—5.

⁹ Ebenda tit. 27 § 3, tit. 30 § 6.

¹⁰ Szolnok megyei Levéltár (Komitatsarchiv Szolnok), Hild Viktor hagyatéka (Nachlass von Viktor Hild Nr. 5/142, Prozess von Erzsébet Tóth gegen József Tóth. 1806. p. 305.

Richter in vielen Vermögensprozessen, aber ihr Apellationsgerichtshof, das heisst der Herrschaftliche Stuhl der Batthyánys nahm nicht in allen Fällen, an das vom Stadtgericht verwendete Gewohnheitsrecht.¹¹

In der Frage ob römischrechtliche Elemente in diesem zerfliessenden aus lokalen und herrschaftsgütlichen Gewohnheiten bestehenden Recht zur Geltung kamen, können wir nicht davon ausgehen, dass in diesen Prozessen römischrechtliche Regeln zitiert wurden, oder nicht. Am Anfang des XIX. Jahrhunderts gab es Prozesse, wo es über bedeutender Werte diskutiert wurde, wo beide Teile vom Advokaten vertreten wurden. Die waren damals meistens römischrechtlich gebildet, und unterstützten gerne ihre Behauptungen mit römischrechtlichen Zitaten.¹² Das bedeutet aber nicht, dass in diesen Prozessen wirklich nach diesen Regeln geurteilt wurde, desto weniger, dass die Leibeigenen danach lebten.

Aber die Thesen von Werbőczy wurden in den kommenden Jahrhunderten wirklich verwendet und waren oft zitiert, und übten ohne Rücksicht auf ihre Abstammung grossen Einfluss auf die Praxis aus. Von den zahlreichen Problemen des Leibeigenen-Vermögensrechtes, beschäftigte sich Werbőczy ausschliesslich mit dem Erbrecht. Die wichen scharf vom adeligen Privatrecht ab.

Seine erste These war, das gleiche Erbrecht zwischen Söhnen und Töchtern, im Gegensatz zum adeligen Recht, nach welchem in den wichtigsten Immobilien, das heisst bei angestammten (avita) und Donations-Gütern nur die Söhne volles erbliches Recht hatten.

Die zweite Charakteristik ist, dass kaum zwischen den geerbten und erworbenen (acquisita) Gütern des Erblassers einen Unterschied machte. Dagegen war im Adelsrecht ein grosser Unterschied zwischen geerbten und angeschafften Gütern, so in gesetzlicher Erbfolge, wie im testamentarischen Recht.

Die dritte Hauptthese ist, dass die verheirateten und so das Elternhaus verlassenden Töchter im Falle sie angemessen ausgesteuert wurden, vom Erbteil des erworbenen väterlichen Vermögens ausgeschlossen waren. Im Gegensatz geschah es im adeligen Recht, wo die Töchter eben den Acquisiten in gleicher Weise mit den Söhnen erbten.

Die vierte These ist das freie testamentierende Recht des Vaters, welches nur zwei Beschränkungen hat, und zwar:

a) Es darf das Coacquisitum seiner Gattin nicht verletzen.

b) Wenn er keine Abkommenschaft hat, darf es das Zufallsrecht des Gutsherrn nicht beschädigen (devolutio in dominum terrestrem).

Diese Beschränkung bezieht sich auf alle geerbten Immobilien, und auf die Hälfte der Acquisitionen.

Die fünfte Hauptthese ist, dass der Vater seinem halbwüchsigen Kind (illegitimae aetatis) im Alter unter 12 das heisst 14 Jahren einen Nacherben verordnen (haeredem substitere) kann. Diese Verordnung wird aber ungültig, wenn das Kind sein zwölftes oder vierzehntes Lebensjahr erreicht.¹³

Wir wissen nicht, wie weit diese grundlegenden erblichen Regeln — ungeachtet der Teilfragen — der Praxis der Leibeigenen vor Werbőczy entsprechen. Aus diesem Zeitalter verblieben nur so wenig Leibeigenen Testamenten, und

¹¹ Thúry György Múzeum Nagykanizsa (Museum in Nagykanizsa) Nagykanizsa város tanácsjegyzőkönyve (Ratsprotokoll der Stadt Nagykanizsa) 1780—1800.

¹² Szolnok megyei Levéltár (Komitatsarchiv Szolnok) zitierter Prozess Tóth gegen Tóth p. 129.

¹³ Werbőczy: Tripartitum P. III. tit. 29, 30.

herrschaftsgerichtliche Urteile, dass aus diesen die Praxis vor Werböczy nicht festzustellen ist. Es steht nur zweifellos, dass ein Zufallsrecht des Grundeigentümers von dem Vermögen der ohne Hinterlassenen gebliebenen Leibeigenen schon im XIV. Jahrhundert bekannt war.¹⁴

Es ist aber bestimmt, dass ausgenommen ein Coacquisitum der Ehegattin — welches vielleicht von den städtischen Rechten abstammte, — die anderen Regeln eine überraschende Ähnlichkeit mit dem römischen Recht aufweisen.

Die Gleichheit des Erbrechtes zwischen Söhnen und Töchtern ist charakteristisch für das römische Recht im ganzen Laufe seiner Entwicklung, wie es im Werk von Gaius steht.¹⁵ Es macht keinen Unterschied im Erbrecht zwischen geerbten (avitae) und angeschaffenen Gütern.

Die Beschränkung der Erbung der verheirateten Töchter erinnert auf die Vererbung nach jus civile. Nach diesem erben nur die Sui und Agnati, mit Ausschliessung der Filii emancipati und der Filiae emaritatae. Die Leibeigenenfamilien bewirtschafteten ihre Güter in grossfamiliärer Gemeinschaft noch Jahrhundertlang nach Werböczy. Aus diesen Gemeinschaften schalten sich die Söhne nur ausnahmsweise aus, aber der Fall der ausgeschiedenen und durch Heirat in eine andere Familie aufgenommenen Töchter war alltäglich.

Es ist auffallend, dass in Werböczys Vortrag weder von der Erbung der Ascendenten, noch der Verwandter der Seitenlinie die Rede ist. Die Erbung der Ascendenten war bei der Geltung der grossfamiliären Ordnung ausgeschlossen. Die Ausschliessung der Seitenlinie ist mit der Regel des römischen Rechtes übereinstimmend, dass nach den Libertini, wenn keine Sui vorhanden waren, nicht die Agnati, sondern der Patronus und dessen Verwandten erbten.¹⁶ Dieses entsprach den politischen Ansichten Werböczys, weil wie wir bemerkt haben, die Zukommenschaft des Gutsherrn eine schon längst angenommene ungarische Sitte war. Die Bestärkung und Verschnellerung dieser Sitte entsprach völlig den Interessen der Klasse, der Werböczy diente, das heisst den Gutsherren. Werböczy gebrauchte ohnehin mit Vorliebe den Ausdruck „Colonus“ für die Leibeigenen. Er wünscht den Status der Coloni romani auf die Leibeigenen ganz anderer Herkunft zu adaptieren. Das entsprach der in ganz Europa giltigen Tendenz der Rezeption des römischen Rechtes. Ein bedeutender Teil der Coloni war nämlich im Status der libertini.

Auch das zeigt den Einfluss des römischen Rechtes, dass nach Werböczy das Testament der deficienten Leibeigenen über die Hälfte der angeschaffenen Güter gültig war. Nach dem römischen Recht hatte der Patronus nur auf die Hälfte der Erbschaft des Libertinus einen Anspruch, wenn nach diesem ein Filius adoptivus, oder ein Uxor in manu verblieb.

Die Freiheit zu Testament machen war durch die ganze Entwicklung des römischen Rechtes eine grundlegende Regel,¹⁷ womit wir uns nicht weiter beschäftigen müssen.

Ich habe diese Compendien, des römischen Rechtes, die zu Ende des Mittelalters verfasst waren, und die nach den Forschungen von Bónis, Werböczy

¹⁴ Zsigmondkori okmánytár (Urkundensammlung aus der Zeit von Kaiser Sigismund) Band I. N. 3830, Bd. II. Nr. 245 (1400)

¹⁵ Gaius III. 1. Digestorum 38. III. 64.

¹⁶ Ulpianus XXVII., Gaius III. 41.

¹⁷ Gaius II. 179.

gebraucht hatte,¹⁸ nicht durchblättert. Es steht aber zweifellos, dass die wichtigsten Elemente des Erbrechtes der Leibeigenen nicht mit dem adeligen Recht, sondern mit dem römischen Recht übereinstimmen. Ich habe schon früher darauf hingewiesen, dass Werbőczy statt den von ihm unrichtig gefundenen Gewohnheitsregeln, Thesen des römischen Rechtes — falls sie mit seinen politischen Bestrebungen nicht in Gegensatz waren —, in sein Werk aufnahm. So tat er in Fragen der Veränderung des Strombettes, und der testamentarischen Vormundschaft.¹⁹ Es scheint wahrscheinlich, dass er auch diesmal dasselbe tat.

Das gleiche Erbrecht der Töchter war kein Interesse der Grundherren, weil sie die Fronarbeit von den Männern verlangten. Es stand im Interesse der Gutsherren, dass der zur Fronarbeit verpflichtete Sohn wohlhabender sei. In anderen Fällen traf die Gutsherren auch kein besonderer Nachteil, weil die Vermögenslage des Gemahls der Tochter mit ihrer Erbschaft verstärkt wurde. Charakteristisch ist ein Prozess vom Ende des XVI. Jahrhunderts, in dem darauf hingewiesen wurde, dass nach der Gewohnheit der gutsherrlichen Stadt Csejte, die Töchter dort nicht den Vater beerben. Aber das Herrschaftsgericht der Tochter mit dem Sohn das gleiche Erbteil zuerkannte.²⁰

Es ist aber fraglich inwiefern die von Werbőczy verfassten und mit dem römischen Recht übereinstimmenden Thesen in der Praxis der folgenden Jahrhunderten wirkten. Die Praxis verbat im Anfang das testamentierende Recht des deficienten Leibeigenen steif, nur, was das geerbte Vermögen betraf.²¹ Später wurden aber nur die Testamente über die Hälfte der Mobilien gültig erkannt, trotz Werbőczy's klarer Regeln.²²

Es gab noch weitere Beschränkungen der Commissio Systematica im Anfang des XVIII. Jahrhunderts; die prinzipiell die Testamente über geerbte Güter als ungültig erklärte. Diesen unter Einfluss des adeligen Rechtes stehende Standpunkt vertrat auch Szegedi, und die Praxis.²³

Es geschah aber auch, dass der Bruder des deficienten Leibeigenen als Erbe anerkannt wurde, und in diesem Fall stellte man die Devolution auf den Gutsherrn nicht fest.²⁴

Es kamen auch Versuche vor, das Testament des Leibeigenen aus formalen Gründen ungültig zu erklären, die von dem römischen Recht vorgeschriebenen 7 Zeugen verlangend.²⁵ Die allgemeine Praxis aber war mit zwei Zeugen zufrieden.²⁶ Ähnliche aber geringere formale Beschränkung wollte die Commis-

¹⁸ Bónis György doktori értekezésének utolsó fejezete (Das letzte Kapitel der Doktoratsdissertation von György Bónis) a M. Tud. Akadémia kéziratárában (im Manuskriptensammlung der Ungarischen Akademie der Wissenschaften) 1969.

¹⁹ Degré Alajos: Magyar halászáti jog a középkorban (Die Fischereirecht Ungarns im Mittelalter) Budapest 1939, p. 137. Feudális gyámsági jog Magyarországon c. kandidátusi értekezése (Kandidatsdissertation von Degré: Feudalistisches Vormundschaftsrecht in Ungarn) a M. Tud. Akadémia kéziratárában (Manuskriptensammlung der Ungarischen Akademie der Wissenschaften) 1955 p. 85.

²⁰ Varga op. cit. p. 790 (1680)

²¹ Ebenda p. 217 (1586)

²² Ebenda p. 774 (1661—1665)

²³ Szegedy op. cit. P. III. tit. 30., Az Esterházy család hercegi ágának levéltára az Országos Levéltárban (Archiv der fürstlichen Linie der Familie Esterházy im Staatsarchiv Ungarns) Band 1771, H. H. H. F. D. Nr. 4. (1788)

²⁴ Varga op. cit. p. 968 (1674)

²⁵ Ebenda p. 790 (1680)

²⁶ Ebenda p. 977 (1680)

sio Systematica verwenden. Sie wünschte zur Gültigkeit des Testamentes ausser den zwei geschworenen Zeugen, auch die Anwesenheit des Pfarrers. Das wurde aber nach Szegedis Meinung von der Praxis nicht angenommen.²⁷

Viel interessanter ist die sich immer mehr verbreitende Gewohnheit, der bei der Beerbung den Sohn bevorzugte, der im Hause des Erblassers lebte, und bis zum Tod des Vaters in seiner Wirtschaft arbeitete. In dieser Weise entstand nämlich das hinterlassene Vermögen zum Teil aus seiner Arbeit. Dieses Recht wurde wie das Recht der Ehegattin coacquisitum genannt. Der Sohn der das Elternhaus verliess, um anderswo Arbeit zu finden, wurde als „undankbar“ vom väterlichen Erbe ausgeschlossen.²⁸ Das wurde aber bis 1848 keine feste Regel, und man drängte seine gesetzliche Sicherstellung.²⁹

Im Herrschaftsgut der Esterházys zu Kismarton verwaltete der zweite Gemahl der Witwe die Habschaft der Waisen. Das Herrschaftsgericht fand sich damit ab, dass der Stiefvater die Waisen um ihr Vermögen brachte.³⁰ So kam es in die Hände eines fronarbeitsfähigen Mannes und damit war das Arbeitsbedürfnis des Herrschaftsgutes besser sichergestellt.

Die von Werbőczy angenommenen und mit dem römischen Recht übereinstimmenden Regeln wurden also von der Praxis zum grossen Teil zurückentwickelt. Das geschah teilweise aus dem unmittelbaren Interesse des Gutsherren, andererseits weil die einfache Landwirtschaft ausübenden Leibeigenen auch eine andere Regelung brauchten.

²⁷ Szegedy op. cit. P. III. tit. 30.

²⁸ Baranya megyei Levéltár. (Komitatsarchiv Baranya in Pécs) Acta sedis Dominialis Capituli. Rácváros 5. Mai 1783 protoc. 6., Baranya megyei Levéltár. Pécsvárad Dominium Levéltára (Archiv des Dominiums von Pécsvárad Nr. 412. Protocoll von Szekszárd 10. Juni 1824.

²⁹ H. Balázs Éva: Jobbágylevelek (Leibeigenenbriefe). Budapest 1953. p. 292—4 (1848).

³⁰ Országos Levéltár Esterházy hercegi levéltár (Archiv der fürstlichen Linie der Familie Esterházy in Staatsarchiv Ungarns) Band 1770. H. H. H. Fasc. D. Nr. 1.